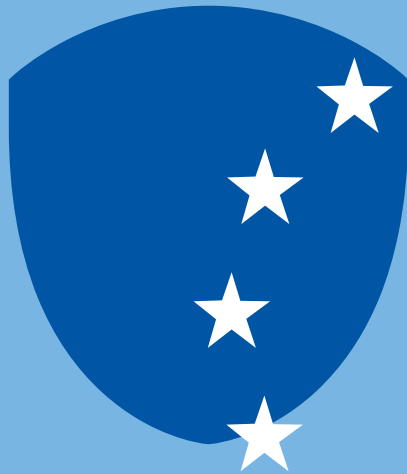


JANA PUGLIERIN

WER VERTEIDIGT EUROPA?

DIE NEUEN **KRIEGSGEFAHREN**
UND WAS WIR TUN MÜSSEN,
UM UNS ZU SCHÜTZEN



DIE  ZEIT
WENDEPUNKTE

Lizenzausgabe des Zeitverlag Gerd Bucerus GmbH & Co. KG, Hamburg,
für die ZEIT-Edition »Wendepunkte« 2026, ISBN 978-3-68987-806-1

Copyright © 2026 by Rowohlt Verlag GmbH, Hamburg

Copyright des ZEIT-Beitrags © 2026 by Zeitverlag Gerd Bucerus GmbH & Co. KG,
Helmut-Schmidt-Haus, Bucerusstraße / Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg

Covergestaltung: Sarah Winter, Hamburg (Illustration: freepik.com)

Schubergestaltung: Ingrid Wernitz, Zeitverlag, Hamburg

Satz und Repro: Buch-Werkstatt GmbH, Bad Aibling

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

Printed in Germany

ISBN: 978-3-68987-812-2

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich bitte an:
produktsicherheit-editionen@zeit.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist nur mit
Zustimmung des Verlags zulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen
Systemen. Die Verwendung des Werkes oder Teilen davon zum Training künstlicher
Intelligenz-Technologien oder -Systeme ist untersagt.

INHALT

PROLOG: Berlin, Spätsommer 2029	9
EINLEITUNG: Eine neue sicherheitspolitische Realität	15
I. Russland und die Rückkehr des Krieges	19
»Wir taten uns schwer, das zu glauben«	19
Russische Kriegsziele in der Ukraine – und darüber hinaus	24
Imperiale Kontrolle	25
Die Revision der europäischen Sicherheitsordnung	32
Eine Großmacht mit globalem Machtanspruch	36
Wie Russland NATO und EU militärisch bedroht	38
Szenarien eines Angriffs	41
Russische und europäische Kapazitäten im Vergleich	47
Die nukleare Bedrohung	51
Eine Frage der Zeit	56
Unterhalb der Kriegsschwelle	62
II. Russland und China – eine »Freundschaft ohne Grenzen«	67
Putins Kurs, Pekings Profit	71
Wie Russland und China militärisch kooperieren	75
Konsequenzen für die europäische Sicherheit	82
III. Europa in der postamerikanischen Ära	87
Trump als Systemsprenger	88
»Es kann keine und es wird keine Abhängigkeit von Amerika mehr geben«	91

Aus Wertepartnern werden ideologische Gegner	96
Ein Deal – »oder wir sind raus«	100
Die perfekte Trump-Show	103
Abhängigkeit als politisches Druckmittel	107
Anspruch und Wirklichkeit europäischer Sicherheitspolitik	115
IV. Verteidigung neu denken: Europas Zeitenwende	123
Warum die Europäer sich selbst im Weg stehen	126
Russlands Krieg als Katalysator	135
Europa konventionell verteidigen	141
Die Frage der Atomwaffen	150
Erweiterte nukleare Abschreckung durch die USA	151
Eine eigene nukleare Abschreckung?	156
Die Rolle der britischen und französischen Arsenale	160
Verteidigung heißt nicht nur Militär	168
Der Weg nach vorn	173
V. Die Rolle Deutschlands	179
DANK	183
ANMERKUNGEN	185
ZEIT-Beitrag: »Wozu Munition? Wir wollten ja gar nicht schießen«	187

Für Zofia Anna Dominowska und Eduard Kaluzny

Hier
bestellen
>>>>

Prolog:
BERLIN, SPÄTSOMMER 2029

Früher Morgen, das Kanzleramt liegt noch im Dämmerlicht. Im Büro des Kanzlers im siebten Stock sitzen nur eine Handvoll Personen – der außenpolitische Berater des Kanzlers, sein Büroleiter, der Chef des Bundesnachrichtendienstes, der Generalinspekteur der Bundeswehr, der Verteidigungsminister, der Außenminister sowie der Kanzler selbst. Auf dem Tisch eine Karte der NATO-Ostflanke, vom hohen Norden bis zum Schwarzen Meer, mit Markierungen in Rot und Blau versehen, dazu Ausdrucke nachrichtendienstlicher Lagebilder.

Seit der Bundestagswahl im März regiert die schwarz-rote Koalition nur noch geschäftsführend. Die AfD ist mit 29,6 Prozent stärkste Kraft geworden. Alle Versuche, eine Regierung zu bilden, sind bislang gescheitert. Immer wieder wird eine Minderheitsregierung ins Spiel gebracht, während die Parteien sich gegenseitig blockieren.

Diese Krise hätte kaum in einem ungünstigeren Moment kommen können, denkt der Außenminister: Deutschland gelähmt, Frankreich unter Präsident Jordan Bardella, dem Schützling Marine Le Pens, seit 2027 nicht mehr Teil der integrierten Kommandostruktur der NATO. Der Präsident bezog sich auf den großen Charles de Gaulle, der diesen Schritt 1966 schon einmal vollzogen habe. Wer in dieser Lage jetzt Führung in Europa übernehmen soll, ist dem Außenminister schleierhaft.

Der Chef des Bundesnachrichtendienstes spricht mit gedämpfter Stimme: »Wir beobachten seit Tagen ungewöhnliche Truppenbewegungen. Russland hat im Rahmen der Vorbereitungen für das Großmanöver SAPAD 2029 deutlich mehr Kräfte nach Belarus und in die westlichen Militärbezirke verlegt als angekündigt. Die belarussische Armee ist diesmal in großem Umfang integriert, und Teile des Armeekorps in Kaliningrad wurden in erhöhte Einsatzbereitschaft versetzt, darunter Einheiten mit Iskander-Raketen, die auch Berlin erreichen können. Seit zwei Wochen registrieren wir zudem vermehrt russische Versorgungsschiffe, die von St. Petersburg über die Ostsee und das Frische

Haff nach Kaliningrad fahren. Auch die Truppen östlich von Estland und Lettland haben ihre Übungstätigkeiten spürbar verstärkt. Unsere Analysten halten es für möglich, dass das Manöver in Wirklichkeit nur ein Deckmantel für einen operativen Aufmarsch ist, wie wir das 2021 vor der Invasion der Ukraine erlebt haben.«

Zugleich zeigen die Unterlagen Szenarien für Vorstöße auf den Suwalki-Korridor, den Nordosten Estlands und Richtung Lettland, südlich des Peipussees.

Der Kanzler presst die Lippen zu einem schmalen Strich zusammen. »Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit?«, fragt er.

Der Generalinspekteur zögert. »Wir sprechen nicht von 100 Prozent. Aber die Indikatoren sind stark. Ein großräumiger Angriff aus der Übung SAPAD heraus wäre denkbar – ein schneller, gleichzeitiger Stoß an verschiedenen Stellen, um ein *Fait accompli* im Baltikum zu schaffen. Schwer vorstellbar, dass Russland das Risiko eines Krieges mit der NATO tatsächlich eingeht – aber nicht ausgeschlossen.« Er macht eine kurze Pause.

»Ein weiteres Indiz ist das hohe Aufkommen hybrider Angriffe in diesem Sommer. Cyberattacken auf Bahn- und Energienetze, Störungen der Satellitenkommunikation, immer wieder Drohnensichtungen über Militär- und Industrieanlagen, Verletzungen des NATO-Luft-raums durch Kampffjets. Wir haben uns in den letzten Jahren ja fast daran gewöhnt, aber das hat eine neue Qualität.«

Seit dem Waffenstillstand in der Ukraine sind drei Jahre vergangen. Moskau hat sich den Donbass und weite Teile des Südostens der Ukraine gesichert – genug, um den Krieg als Sieg zu verkaufen. Im Kreml gilt das nicht nur als territorialer Erfolg, sondern auch als Beweis, dass Europa die neue Realität akzeptiert. Unter russischem Druck haben die Europäer auf westliche Truppenstationierungen verzichtet, Kyjiw musste Beschränkungen seiner Truppenstärke und für Präzisionswaf-fensysteme mit großer Reichweite hinnehmen. Das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft wurde aus der Verfassung gestrichen. Seitdem hält sich Moskau weitgehend an die Bestimmungen des Waffenstillstands, auch wenn Versuche der politischen Einflussnahme auf Kyjiw beinahe wö- chentlich zugenommen haben. Erst gestern, erinnert sich der Außen- minister, ist er wieder über einen Mordanschlag auf eine beliebte pro- europäische Parlamentarierin informiert worden.

Nach einem Moment des Schweigens fährt der Generalinspekteur fort: »Das wäre genau das, was wir immer befürchtet haben. Nach dem Waffenstillstand in der Ukraine hat Russland die Zeit gut genutzt, um den Großteil seiner Verbände von dort abzuziehen und an die Grenzen zu Finnland, den baltischen Staaten und Polen zu verlegen, wo der Kreml zahlreiche Standorte ausgebaut und die Truppen signifikant verstärkt hat.« Seine Hand schweift über die Landkarte. »Teile dieser Streitkräfte wurden auch nach Kaliningrad und Belarus verlegt.«

Der BND-Chef nickt. »Polen und die baltischen Staaten haben die Einsatzbereitschaft ihrer Streitkräfte und auch die Aufklärung entlang der Grenzen zu Russland und Belarus erhöht. Aber von amerikanischer Seite ist kurzfristig kaum mit nennenswerter Unterstützung zu rechnen. Die USA haben ihre Truppen aus Rumänien und den baltischen Staaten inzwischen fast vollständig abgezogen und in Polen deutlich reduziert – die beiden Aegis-Ashore-Einrichtungen zur Raketenabwehr werden noch mit Rumpfmannschaften betrieben. Sie sollen demnächst von der NATO übernommen und mit europäischem Personal fortgeführt werden. Sie werden sich erinnern: Präsident Vance hat auf dem jüngsten NATO-Gipfel deutlich gemacht, dass amerikanische Soldaten nicht in europäische Kriege ziehen sollten, die Europa selbst verhindern könnte. Unsere Botschaft in Washington bestätigt, dass dies weiterhin gilt.«

Der Kanzler schließt die Augen und atmet tief ein.

Der Generalinspekteur erinnert an die militärischen Vorkehrungen, die in den vergangenen Tagen getroffen wurden: Die deutsche Panzerbrigade 45 in Litauen hat ihre Kräfte in den Suwalki-Korridor verlegt, um die einzige Landverbindung zwischen den baltischen Staaten und dem restlichen NATO-Territorium zu sichern. Auch die multinationalen NATO-Battlegroups in Lettland und Estland haben ihre Einsatzbereitschaft erhöht und patrouillieren gemeinsam mit den nationalen Verteidigungskräften in den Grenzregionen zu Russland. Die 10. Panzerdivision der Bundeswehr verlegt gerade nach Polen zu einer Gefechtsübung mit polnischen Einheiten. Sie hat in den vergangenen Jahren mehrfach den Aufmarsch nach Litauen und die Verstärkung der NATO-Verteidigung dort geübt. »Wir sind bereit«, sagt er. »Wenn es ernst wird, stehen 5000 deutsche Soldaten und Soldatinnen direkt im Brennpunkt.«

»Wir dürfen nicht denselben Fehler machen wie 2021«, wirft der Verteidigungsminister ein. »Damals hielten wir Warnungen vor einer russischen Invasion für überzogen – und wenige Monate später rollten Putins Panzer in die Ukraine. Die baltischen Partner warnen seit Wochen. Finnien und Schweden übrigens auch. In der Diskussion des Nordatlantikrats gestern wurde das erneut sehr deutlich. Das Schweigen des US-Botschafters war allerdings entlarvend.«

Der außenpolitische Berater des Kanzlers widerspricht: »Ich glaube nicht, dass die Lage vergleichbar ist. Für Putin war die Ukraine von existenzieller Bedeutung, Teil seines imperialen Anspruchs. Das Baltikum ist immer noch NATO-Territorium. Ein Angriff dort brächte das Risiko mit sich, einen Krieg mit dem gesamten Bündnis führen zu müssen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist ein völlig anderes.«

Der Außenminister seufzt innerlich. Wie wirksam ist die NATO-Abschreckung wohl noch? Seit Beginn des amerikanischen Truppenabzugs unter Trump haben die Europäer es nicht geschafft, alle entstandenen Lücken zu stopfen. Die Mängel bei Personal, Material und Einsatzbereitschaft sind noch immer massiv, die industriellen Kapazitäten nicht ausreichend. Nach dem Waffenstillstand in der Ukraine ist das Gefühl der Dringlichkeit jenseits der NATO-Ostflanke bald wieder verblasst. Andere Krisen haben die Agenda bestimmt – die stagnierende Wirtschaft, hohe Energiekosten, steigende Sozialausgaben, der Druck auf Renten- und Gesundheitssysteme.

Der BND-Chef räuspert sich: »In Moskau heißt es, die Nord- und Osteuropäer planen selbst einen Angriff im Baltikum. Im russischen Fernsehen werden seit Monaten Berichte über eine bevorstehende Blockade Kaliningrads gesendet. Erst gestern Abend hat Wladimir Solowjow in seiner Sendung wieder betont, dass Europas ›Säbelrasseln‹ den Kreml zwingen könnte, den östlichen Ostseeraum als potenziellen Kriegsschauplatz zu betrachten. Dem russischen Narrativ zufolge sind die eigenen Aufrüstungen und Truppenverlegungen also nur defensive Maßnahmen.«

Er macht eine kurze Pause, lässt den Blick durch den Raum schweifen. Dann senkt er die Stimme: »Die werden diese Erzählung nutzen, um einen vermeintlich vorsorglichen militärischen Angriff als legitim darzustellen. Machen wir uns nichts vor: Auch hierzulande werden das viele kaufen.«

Es folgt ein langes Schweigen. Der Kanzler lehnt sich zurück. Sein Gesicht spiegelt die ganze Unsicherheit des Moments wider. Ist das alles tatsächlich nur eine Übung – oder wird nun Wirklichkeit, was die gesamte NATO seit Russlands Überfall auf die Ukraine unbedingt verhindern wollte?

Einleitung:

EINE NEUE SICHERHEITSPOLITISCHE REALITÄT

Wie ein stahlgrauer Keil schiebt sich der moderne Neubau in das historische Gebäude des Militärhistorischen Museums in Dresden. Schon der erste Blick auf die Fassade lässt ahnen, dass es im Inneren nicht um Heldenmythen geht. Das Museum widmet sich dem zerstörerischen Wesen von Krieg und Gewalt in Deutschland und Europa, vom Spätmittelalter bis in die Gegenwart. Es thematisiert ihr grausames Antlitz und ihre verheerenden Folgen.

Einen Tag nach der Bundestagswahl im September 2021 sollte ich an diesem von Geschichte durchdrungenen Ort ein öffentliches Gespräch mit Christoph Heusgen moderieren, dem langjährigen außenpolitischen Berater von Angela Merkel. Unser Thema waren die aktuellen und zukünftigen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland.

In Vorbereitung auf den Abend hatte ich mir überlegt, wie ich das Gespräch eröffnen könnte. Ich wollte Heusgen fragen, ob er sich – umgeben von Exponaten, die sieben Jahrhunderte militärischer Gewalt dokumentieren – vorstellen könne, dass mitten in Europa erneut ein großer zwischenstaatlicher Krieg ausbricht. Dass wieder Panzer Grenzen überqueren und ein Land in revisionistischer Absicht seinen Nachbarn überfällt.

Doch als wir auf der Bühne saßen, mit Blick ins Publikum, erschien mir diese Frage plötzlich unangemessen. Die Vorstellung wirkte, auch auf mich, zu alarmistisch für diesen Moment. Über drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer war Europa geprägt von »Friedensdividende«, Partnerschaften und europäischer Integration. Ich sorgte mich, wie das Publikum – und Heusgen selbst – reagieren würden. Ob ein solcher Einstieg nicht eher Befremden auslösen und den falschen Ton für unser Gespräch setzen würde.

Statt nach künftigen Kriegen zu fragen, konzentrierte ich mich auf eine Leerstelle der Gegenwart. Ich fragte: Warum hatten Außen- und

Sicherheitspolitik im Bundestagswahlkampf 2021 praktisch keine Rolle gespielt? Warum hatten die Kandidaten die Welt da draußen in den Debatten im Fernsehen und auf den Marktplätzen so auffällig ausgespart? Es war eine Frage, die viel über den außenpolitischen Zustand jener Zeit sagte, in der Deutschland sich immer noch einredete, mit der Welt nichts zu tun haben zu müssen.

Während wir am 27. September 2021 in Dresden zusammensaßen, liefen rund 1650 Kilometer weiter östlich in Moskau bereits die Vorbereitungen für den russischen Angriff auf die Ukraine. Fünf Monate später, am 24. Februar 2022, begann auf Befehl Wladimir Putins die sogenannte »militärische Spezialoperation«. Russische Streitkräfte marschierten großräumig, gleichzeitig von Süden, Osten und Norden aus, in die Ukraine ein und griffen mit Raketen und Artillerie ukrainische Städte an, darunter auch Kyjiw. In der Ukraine rief Präsident Wolodymyr Selenskyj das Kriegsrecht aus. Was für die allermeisten eben noch undenkbar schien, war plötzlich Realität.

Mit der groß angelegten Invasion in die Ukraine weitete Russland den seit der Annexion der Krim 2014 verdeckt geführten Krieg im Donbass zu einem umfassenden Krieg gegen das gesamte Land aus. Die Folgen dieses Krieges sind längst zu einer konkreten Bedrohung für die Sicherheit in ganz Europa geworden. Aus Sicht des Kremls handelt es sich nicht um einen regional begrenzten Konflikt, sondern um eine strategische Auseinandersetzung mit dem »kollektiven Westen«. Während ich Anfang Dezember 2025 die letzten Zeilen dieses Buches schreibe, diskutiert die Weltöffentlichkeit über einen »Friedensplan« der Trump-Regierung, der den russischen Interessen sehr weit entgegenkommt. Ob dieser Plan Erfolg hat, ist ungewiss. Doch selbst wenn es gelingen sollte, die Kampfhandlungen einzufrieren oder ein Abkommen zu erreichen, das den Krieg zumindest vorläufig beendet, bleiben die Europäer mit einem revisionistischen Russland konfrontiert – einem Staat, der Europa geopolitisch neu ordnen, die bestehende Sicherheitsarchitektur ersetzen und eine große russische Einflusszone errichten will.

In dem Bestreben, seine Herrschaft abzusichern, seine strategischen Ziele in Europa zu erreichen und seine Handlungsspielräume global zu erweitern, hat Putin im chinesischen Staatschef Xi Jinping einen mächtigen Verbündeten gefunden. China und Russland haben sich auf eine

WER VERTEIDIGT EUROPA?

Wird Russland europäisches Nato-Gebiet angreifen? Niemand kann diese Frage derzeit beantworten. Sicher ist jedoch: Sollten sich die USA mittelfristig aus Europa zurückziehen, könnten die Europäer einen Angriff kaum wirksam abwehren, zu groß ist die Abhängigkeit von den USA. Die Politikwissenschaftlerin Jana Puglierin macht die Gefahren sichtbar, denen Europa ausgesetzt ist: Welche Interessen haben Russland und China, und wie groß ist die militärische Bedrohung durch die beiden Staaten – konventionell, hybrid und atomar? Was muss Europa unternehmen, um auch allein verteidigungsfähig zu werden? Und welche Rolle kommt Deutschland dabei zu? Die Autorin legt dar, was jetzt dringend geschehen müsste und warum dies dazu beitragen kann, die Wahrscheinlichkeit eines russischen Angriffs zu verringern.

DIE  ZEIT
WENDEPUNKTE

Hier
bestellen
>>>>>